
Aktiv für Barsinghausen

Fraktion im Rat der Stadt Barsinghausen

Antrag zu Übernahme einer Resolution durch den Rat der Stadt Barsinghausen

Der Rat der Stadt Barsinghausen fordert die Bundes- und Landesregierung auf, dringend von den Kommunen benötigte finanzielle Mittel zur Integration der Flüchtlinge vor Ort in notwendigem Umfang umgehend bereit zu stellen und ohne Verzögerung an die Kommunen weiterzuleiten.

Begründung

Die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen wird eines der großen Themen dieses Jahrzehnts sein. Dabei kommt den Kommunen eine wichtige Bedeutung zu. Um die Menschen zu erreichen und Ihnen eine Perspektive aufzuzeigen, muss Integration im unmittelbaren Umfeld der Betroffenen stattfinden.

Neben der Schaffung und Betreuung von Unterbringungsmöglichkeiten müssen in Barsinghausen integrative Maßnahmen durchgeführt werden. Das Anbieten von Sprachkursen, Sozialbetreuung, zusätzliche Krippen- und Kindergartenplätze, sowie das Bereitstellen von Räumen und Infrastruktur sind wichtige Beispiele.

Trotz des herausragenden Engagements von Ehrenamtlichen kann Barsinghausen diese Herausforderung nicht aus eigenen Mitteln bewältigen. Der langfristige Erfolg einer Integrationspolitik hängt im wesentlichen Maße davon ab, ob Barsinghausen umgehend mit den notwendigen finanziellen und personellen Mittel durch die Bundes- und Landesregierung ausgestattet wird.

Einen Tropfen auf den heißen Stein können wir uns an dieser Stelle nicht leisten. Denn erstens kann eine wirkliche Integration nur mit ausreichendem Personal stattfinden und zweitens kann städtisches Personal nicht auf Dauer ausschließlich für Integrationsmaßnahmen abgestellt werden. Ansonsten können notwendige soziale Aufgaben in Barsinghausen nicht mehr umgesetzt werden. Insbesondere gilt dies für die SozialarbeiterInnen. Sie müssen auch nach dem Rechtskreiswechsel für Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort in ausreichendem Umfang in Barsinghausen selber zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen
Kerstin Beckmann
Bettina Klein
Barsinghausen, den 3.5.2016